

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Mitringshaus, Berlin.
Fernsprecher: Nani Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalettschluss, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 6. Dezember 1930

Erfolgreiche Abwehr.

Unser Kampf um die Zukunft der Arbeiterklasse.

SPD. Der Reichstag lehnte am Sonnabend die Aufhebung der Notverordnung vom 1. Dezember mit 293 gegen 253 Stimmen ab. Die Misstrauensanträge gegen die Regierung Brüning verfielen mit 291 gegen 256 Stimmen der Ablehnung.

Die Schlacht ist geschlagen. Die Anträge auf Aufhebung der neuen und der alten Notverordnung sind abgelehnt worden und die Misstrauensanträge gegen das Kabinett Brüning sind gescheitert. Die Regierung ist auch über diese neue Klippe hinweggekommen.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat auch diesmal mit der Mehrheit gestimmt. Ohne sie wäre Brüning verloren gewesen. Sie hat das Kabinett gerettet. Aber nicht, weil sie an ihm Gefallen hätte, sondern weil sie das, was zwangsläufig nach seinem Sturz gekommen wäre, verhindern wollte.

Es ist in der Sozialdemokratischen Fraktion sehr ernst und sehr eingehend über die einzuschlagende Taktik gesprochen worden. Alles Für und alles Wider wurde erwogen, alle möglichen Folgen wurden besprochen und wenn sich schliesslich eine überwältigende Mehrheit dahin entschied, dass jetzt eine Regierungskrisis verhütet werden müsse, so tat sie es in der festen Ueberzeugung, damit den Interessen der Arbeiterklasse am besten zu dienen.

Auf sozialdemokratisches Betreiben hin ist seinerzeit die nach der Auflösung des Reichstags erlassene Notverordnung an den Ausschuss verwiesen worden. Dort sollte der Versuch gemacht werden, Abänderungen zu erzielen, durch die jene Bestimmungen, die für die Arbeiterschaft am unerträglichsten waren, beseitigt oder abgemildert würden. Gestehen wir es offen: unsere Erwartungen waren nicht sehr hoch gespannt. Namentlich die Deutsche Volkspartei erklärte, dass an den Verordnungen nichts geändert werden dürfte, und die Regierung sprach vorsichtig und zurückhaltend davon, dass Zweck und Ziel der mit Hilfe des Artikels 48 erlassenen Gesetze nicht beeinträchtigt werden dürften. In zäher Arbeit ist es gelungen, insbesondere auf sozialpolitischem Gebiete mehr durchzusetzen als ursprünglich auch Optimisten erwarten konnten. In seiner Reichstagsrede vom Freitag hat Litke das im einzelnen sehr wirkungsvoll dargelegt. Seinen Ausführungen ist nichts hinzuzusetzen. Den Erfolg der Sozialdemokratie kann nur Böswilligkeit bestreiten.

Allerdings ist er nicht auf dem geordneten parlamentarischen Weg erzielt worden, und das bedauern wir auf das Lebhafteste. Die alte Notverordnung würde durch die neue Notverordnung abgeändert. Schuld daran trägt die politische Zerfahrenheit und der Mangel an Einsicht so gut wie der Mangel an Mut bei den Parteien, die in der Regierung vertreten sind. Nur durch eine Verordnung könnte das Kabinett sie auf einen Weg zwingen, den sie freiwillig niemals gegangen wären. Und ebenso konnte nur mit der Anwendung des Artikels 48 die Einigkeit über das Sanierungswerk erreicht werden, das nie zustande gekommen wäre,

Wittenau" gegolten habe, inspiriert. Aus Handakten des inzwischen verstorbenen Direktors Helbig geht hervor, dass das Zerwürfnis offenbar in einer persönlichen Aussprache zwischen Bullerjahn und Helbig beseitigt worden ist.

Ferner wurde ein Alibibeweis für Bullerjahn erbracht. Der Hauptbelastungszeuge, Generaldirektor Gontard hatte u.a. mit wechselnder Bestimmtheit ausgesagt, Bullerjahn sei am 23. Dezember 1924 bei dem französischen Leutnant Jost in Charlottenburg gewesen, um dort seinen "Verratsold" abzuholen. Der Zeuge Kaufmann Vorhang erklärte nun vor dem Reichsgericht, dass Bullerjahn zur fraglichen Zeit mit den Vorbereitungen zu einer Weihnachtsfeier in einem Lokal beschäftigt war. Vors.: "Ist es möglich, dass Bullerjahn von der Feier wieder weggegangen ist?" Zeuge: "Das halte ich nicht für möglich. Das hätte auffallen müssen.

Kriminalsekretär Lehmann-Berlin machte Bekundungen über die Tätigkeit des von ihm beobachteten Mitglieds der Interalliierten Kontrollkommission Leutnant Jost. Der Leutnant sei früher Kriminalkommissar in Paris gewesen; bei der Kontrollkommission hätte er als Spezialkommissar gearbeitet. Der Leutnant habe fremden Leuten grundsätzlich keinen Zutritt zu seiner Wohnung gewährt.

+ + +
Grubenunglück. Auf der "Garwod Hall-Zeche" im englischen Grubengebiet von Lancashire kamen bei einer Grubenexplosion 24 Bergleute ums Leben.

+ + +
Rätsel um Rosemarie. Bahnbeamte fanden am Sonnabend Vormittag auf der Berliner Vorortstrecke Stettiner Bahnhof - Gesundbrunnen ein sechsjähriges Mädchen schwer verletzt und bewusstlos auf. Im Krankenhaus erreichte das Kind für kurze Zeit das Bewusstsein, und gab an, dass es Rosemarie Boddin heiße und 6 Jahre alt sei. Die Mordinspektion der Berliner Kriminalpolizei stellte fest, dass das kleine Mädchen, das von seinen Eltern seit Freitag mittag vermisst wurde, die 147. Gemeindeschule besucht, in der unbekannte Täter in der Nacht zum Sonnabend einen Einbruch verübt haben. Die Einbrecher waren in das Amtszimmer des Rektors gelangt, indem sie die Füllung der verschlossenen Tür aussägten. Die herausgeschnittenen Bretter lagen neben dem Kind auf den Gleisen. Es konnte weiter ermittelt werden, dass das Kind im Laufe der Nacht zwischen den beiden Schienen lag: gegen 6 Uhr morgens fuhr über die Sechsjährige ein Güterzug hinweg, ohne es aber zu verletzen. Ein im Krankenhaus festgestellter Schädelbruch rührt davon her, dass die Kleine von den Einbrechern, gleichzeitig mit den Resten der Türfüllung, von der Grenzstrassen-Brücke aus auf das Eisenbahngelände geworfen worden ist. Schleifspuren stützen diese Annahme. - Vermutlich ist an dem Kind ein Sittlichkeitsverbrechen verübt worden.

+ + +
Erdölquelle. In der Nähe von Zistersdorf (Niederösterreich) wurde in 875 Meter Tiefe eine allem Anschein nach sehr ergiebige Erdölquelle angebohrt.

+ + +
Fünf Tage Plädoyer! Rechtsanwalt Professor Alsberg beendete am Sonnabend im Berliner Mitgift-Prozess Caro-Petschek sein fünftägiges Plädoyer zugunsten des Angeklagten Geheimrat Caro. Alsberg bat den Angeklagten freizusprechen. Das Gericht habe nicht nur festzustellen, dass Caro keine Urkunde gefälscht habe - hierfür genüge der Sachverständigenbeweis -, es habe auch die Hintergründe des Prozesses zu enthüllen. Es bestünde kein Zweifel daran, dass die Familie Petschek den Angeklagten Geheimrat Caro wissentlich falsch beschuldigt hätte und dass Ignaz Petschek bei seiner eidlichen Vernehmung in Aussig wissentlich falsches Zeugnis abgelegt habe, als er den Empfang der Mitgift in Höhe von 400 000 Mark bestritt. Ignaz Petschek habe die Mitgift empfangen und die Quittung darüber unterschrieben.

wenn man den geordneten Instanzenweg eingehalten hätte.

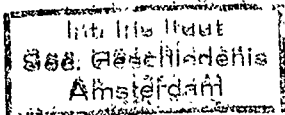
Trotzdem müssen wir die Abweichung vom Parlamentarismus schmerzlich empfinden. Aber verantwortlich sind in letzter Linie die Wähler, die uns einen Reichstag beschert haben, in dem grosse Parteien die parlamentarische Arbeit überhaupt unmöglich machen wollen und dabei die Unterstützung in der Lauheit und Feigheit von Gruppen der Mitte finden. So handelte es sich nur darum, ob man sich mit einer auch von uns für sehr bedenklich gehaltenen Auslegung der Weimarer Verfassung abfinden konnte, um einen vollständigen und schwer wieder gut zu machenden Bruch mit dem ganzen System der Demokratie zu verhindern. Die Sozialdemokratie hat sich zu ihrem Schritt entschlossen in dem festen Willen, alles zu tun, was an ihr liegt, die Volksvertretung sobald als möglich auch sachlich wieder in ihre vollen Rechte einzusetzen.

Indessen gerade an diesem Punkte tauchen ja auch in unseren Reihen die stärksten Zweifel auf. Haben wir wirklich die richtige Bahn eingeschlagen, um dem Faschismus und der Diktatur entgegenzuwirken? Wäre es nicht zweckentsprechender gewesen, das Kabinett zu stürzen und unseren Anhängern vollkommen freie Hand für den Kampf gegen die Reaktion zu gewähren? Der Kommunist Stöcker hat auch am Sonnabend wieder von der faschistischen Diktatur gesprochen, der die Sozialdemokratie ihre Unterstützung leihe. Aber sollte es nicht jeden einzelnen stutzig machen, dass gerade die faschistischen Parteien die Nationalsozialisten wie die Deutschnationalen das Kabinett beseitigen wollten?

Wir wünschten all die Zweifler hätten der Reichstagssitzung beiwohnen und feststellen können, mit welcher Wut die Anbeter der Diktatur das Ergebnis der Abstimmungen aufnahmen. Sie würden wahrscheinlich erkannt haben, dass wir uns auf dem rechten Wege befinden, und sie würden nicht daran zweifeln, dass auch die Kommunisten im Grunde ihres Herzens unsere Politik, die sie aus agitatorischen Gründen verdammten, dankbar begrüßen. In einem Augenblick, wo das Proletariat schlimmer zersplittert ist als je, wo die wirtschaftliche Not es zerstückelt, wären die Aussichten auf den siegreichen Ansturm gegen eine Diktatur, der wir selbst die Strasse freigemacht hätten, sehr gering, gar nicht zu reden davon, dass die Ablehnung der Finanzreform verbunden mit der vollständigen Zertrümmerung der Demokratie die Wirtschaftskrise und damit das Elend des Proletariats noch weiter gesteigert hätte.

Nun bedeutet die Abstimmung vom 6. Dezember keinen Abschluss. Die Kämpfe gehen weiter. Die Sozialdemokratische Fraktion hat eine ganze Reihe von Anträgen gestellt, durch die die Gesetze der Notverordnung verbessert werden sollen. Für sie gilt es jetzt sich einzusetzen und herauszuholen, was nach Massgabe der ziffernmässigen Stärke, über die wir im Reichstag verfügen, herauszuholen ist. Am wichtigsten aber ist es, alles, was in der politischen Kraft steht, zu tun, um die Krisis und ihre Folgen einzudämmen. Nur wenn das gelingt, wird der Boden geschaffen, auf dem sich auch eine Änderung der politischen Machtverhältnisse zu unseren Gunsten erzielen lässt.

Dazu aber ist vor allem nötig die Einigkeit der Partei und die Einigkeit der Gewerkschaften. Sie zu erhalten ist oberstes Gebot. Wer sie schwächt begeht ein Verbrechen an seiner Klasse. Das heisst nicht, dass die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auf blindes Vertrauen und blinde Gefolgschaft Anspruch erhebt. Aber wir dürfen hoffen, dass das arbeitende Volk, wenn es die Dinge und die Beweggründe unseres Handelns ernstlich prüft, dem Verhalten der Partei zustimmen wird. Es wird einsichtig genug sein, um das taktische Ausweichen des Augenblicks nicht als Mutlosigkeit oder als Preisgabe von Grundsätzen auszulegen. Es wird erkennen, dass höher als scheinbare Agitationsvorteile des Augenblicks die Sicherung seiner Zukunft steht.



SPD. Kiel, 6. Dezember (Eig. Drahtb.)

Wie die Nationalsozialisten die Gemeinden ausplündern würden, wenn sie in ihnen die Mehrheit hätten, beweist das Beispiel der nationalsozialistischen Gemeindevertretung in dem holsteinischen Städtchen Lunden, wo die Nazis den Antrag stellten, 300.- Mark zur Anschaffung von Mänteln für ihre dortigen SA-Leute zu bewilligen. Der Naziredner, der zunächst eine geheime Sitzung verlangte, die indessen abgelehnt wurde, meinte, die Gemeinden hätten die Pflicht, für die Ausrüstung der nationalsozialistischen SA-Leute zu sorgen, da die Zeit kommen würde, wo kommunistische Horden über den Ort herfallen und die SA-Leute als Schutz auf den Plan treten würden. Ausser den Mänteln für die SA-Leute verlangte er auch Mittagessen für die erwerbslosen Nationalsozialisten. Selbst den Bürgerlichen war dieser Antrag zu dumm, worauf die Nazis ihren Antrag unter viel Geschimpf und Getöse zurücknahmen.

Was sagten die Agitatoren der Nationalsozialisten doch während der Wahlbewegung? "Die Sozialdemokratie nutzt ihre Macht zugunsten ihrer Parteiinteressen aus". Wer es wirklich tut, beweist das eben gegebene Beispiel!

SPD. Stuttgart, 6. Dezember (Eig. Drahtb.)

Angehörige der kommunistischen Arbeiterwehr versuchten in der Nacht zum Sonnabend in Cannstatt, an einem Schulhaus Plakate anzukleben. Als der 58jährige Inspektor des Gebäudes dies verhindern wollte, erhielt er von dem Truppführer einen Schlag auf den Kopf, sodass er tot zu Boden stürzte. Der Täter, der flüchtete, konnte bald nach dem Mord verhaftet werden.

SPD. Paris, 6. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der Präsident der Republik hat am Sonnabend den Senator Louis Barthou mit der Neubildung der Regierung beauftragt.

Barthou's Aussichten auf Erfolg können nicht allzu hoch bewertet werden. Er verfügt nur über wenige Freunde im Senat und über fast gar keine in der Kammer. Man nimmt an, dass er nach 24 stündigen vergeblichen Bemühungen seinen Auftrag zurückgeben und dann der Senator Laval beauftragt wird. Laval hat sich früher in der Arbeiterbewegung betätigt. Er hat sich wiederholt als Minister, als geschickter Taktiker und eifriger Politiker erwiesen. Aber auch er ist schliesslich nicht die Person des grossen Formats, die zur friedlichen Ausbalanzierung der in der Konzentration zusammengespannten bisher festgelegten Kräfte nötig wäre.

SPD. Rom, 6. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der Bruder Mussolinis, der in seinem Mailänder Blatt immer halboffiziös zur Öffentlichkeit spricht, erklärt zu der letzten Rede des Amerikaners Young über die Reparationszahlungen, dass eine normale Abwicklung der Schuldenfrage fast unmöglich geworden sei. Für Italien bedeute die Verhinderung der Reparationszahlungen nur eine Rechnungsumstellung, für andere Länder eine wichtige Verschiebung. Aber auch die hartnäckigsten Gläubiger müssten anerkennen, dass eine Atempause für die Welt nötig sei. Eine allgemeine Schuldenstreichung würde sich auch für die Gläubigerstaaten in eine Wohltat verwandeln. Von einem wirtschaftlich gesunden Europa würde auch Amerika weit mehr haben, als die Ratenzahlungen auf Reparationen, nämlich einen kaufkräftigen Geschäftspartner.

SPD. Bochum, 6. Dezember (Eig. Drahtb.)

In Dortmund wurde in der Nacht zum Sonnabend der Nationalsozialist Föh in der Nähe der Zimmerstrasse von unbekannter Hand durch einen Schuss lebensgefährlich verletzt, sodass mit seinem Tode zu rechnen ist. Die Ermittlungen der Polizei haben ergeben, dass vier Schüsse abgefeuert worden sind und nur ein Schütze in Frage kommt. Föh gehörte zu einer Gruppe von 20 Nationalsozialisten, die zwei Parteifreunde nach Hause brachte, die sich von Kommunisten bedroht glaubten und darum Hilfe erbeten hatten.

SPD. Stuttgart, 6. Dezember (Eig. Drahtb.)

Württembergische Zentrumsblätter teilen mit, dass die Windhorst-Bünde jetzt uniformiert und im Sinne der Wehrverbände aufgezogen werden. Das verlohnt schon insofern registriert zu werden, als gerade württembergische Zentrumsblätter bisher die Tätigkeit des Reichsbanners mit hämischen Bemerkungen über das angebliche Soldatenspielen begleitet haben.

SPD. Breslau, 6. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der Breslauer Polizeipräsident hat für das Gebiet des Ortspolizeibezirks Breslau alle Versammlungen und Umzüge mit Wirkung vom 8. Dezember ab verboten. Veranlassungen zu dem Verbot gaben demonstrative Zusammenrottungen von Nationalsozialisten und Kommunisten, die insbesondere in den letzten Tagen einen bedrohlichen Charakter angenommen hatten.

SPD. Paris, 6. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die nationalistische "Liberté", die keine Gelegenheit versäumt, Deutschland in der niedrigsten Weise vor der französischen Öffentlichkeit zu verleumdern, hat die zahlreichen mysteriösen Todesfälle in einem Teil von Belgien zu der wahnsinnigen Behauptung benutzt, dass es sich hierbei um einen heimtückischen deutschen Gasangriff handeln könne. Obwohl ein belgisches Ärztikonkzillium bereits einwandfrei festgestellt hat, dass die bisherigen Todesfälle dem eisenen Nebel zuzuschreiben sind, erzählte die "Liberté" ihren Lesern von Giftgasübungen, die in den letzten Tagen in Deutschland nahe der belgischen Grenze stattgefunden haben sollen. Der Wind soll dann die tödlichen Gase nach Belgien hineingetrieben haben, wo sie die Bevölkerung niederrafften.

SPD. Von der Sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags nahmen in der Sonnabend-Sitzung des Reichstags folgende 9 Abgeordnete an den Abstimmungen nicht teil :

Agnes, Fleissner, Kuhnt, Oettinghaus, Portune, Rosenfeld, Seydewitz, Ströbel und Ziegler.

Der Abg. Schnabberich fehlte wegen Krankheit.

SPD. Wien, 6. Dezember (Eig. Drahtb.)

Im Otakringer Arbeiterheim in Wien wurde am Sonnabend der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie in Anwesenheit von mehr als 500 Delegierten eröffnet.

In seinem Geschäftsbericht verwies Abg. Dannenberg zunächst darauf, dass der Wahlkampf die Schlagfertigkeit der sozialdemokratischen Organisation bewiesen habe. Er fuhr dann fort: Wir waren mitten in der Arbeit für das Volksbegehren zugunsten der Altersversicherung, als wir plötzlich in den Wahlkampf gehen mussten. Die Faschisten haben diesmal 8 Mandate erobert, aber der Faschismus hat sich nur auf Kosten der bürgerlichen Parteien genährt und nicht auf Kosten der Sozialdemokratie. Die Taktik des Faschismus ist abgeschlagen worden. Unsere Feinde, mit denen wir es seit jeher zu tun hatten, sind nicht die Faschisten, sondern die Christlichsozialen. Sie erhielten 1923 noch 45 % der Wähler und waren die stärkste Partei. Heute sind es nur noch 35 6/10 %. Sie haben in 7 Jahren 9 1/2 % der Stimmen verloren und sind jetzt schwächer als im Jahre 1919, Seit dem Jahre 1923 hat sich die Zahl der Wähler in Oesterreich um 338 000 vermehrt. Die Christlichsozialen haben keinen Anteil daran, sie haben 175 000 Stimmen verloren. Die Sozialdemokraten aber haben 205 000 Stimmen gewonnen, 2/3 des Wählerzuwachses sind den Sozialdemokraten zugefallen. Wenn wir die Erfahrungen des Wahlkampfes verwerten, werden wir noch grössere Erfolge erreichen im Interesse der Internationale, denn wir stehen hier auf dem Vorposten im Kampfe für die Demokratie und gegen Unkultur und Faschismus.

Im Anschluss an den Bericht trat der Parteitag in die Debatte ein. Nationalrat Wallisch schilderte den Terror der Alpinen Montangesellschaft im obersteirischen Industriegebiet gegen die Arbeiter und zeigte, dass trotz des Terrors in geheimer Wahl Tausende von Arbeitern, die in die Heimwehr-Gewerkschaften gepresst worden waren, sozialdemokratisch gestimmt haben.

SPD. Die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 sieht auch die angekündigte Kürzung der Beamtengehälter um 6 Prozent vor. Von allen Bezügen soll ohne Rücksicht auf ihre Höhe ab 1. Februar 1931 der gleiche Abschlag gemacht werden. Dass diese Regelung in hohem Masse ungerecht ist, weil sie die niedrigen Einkommensbezieher härter trifft als die Bezieher der hohen Gehälter, ist in letzter Zeit zur Genüge betont worden.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat jetzt einen Gesetzentwurf eingebracht, der diese unbillige Regelung der Notverordnung durch eine Staffelung der Kürzung mildern will. Er sieht vor, dass die niedrigen Jahresbezüge bis zu 3000 Mark um 4 %, die Bezüge von 3000 Mark bis 4 000 Mark um 5 Prozent und erst die von 4000 bis 5000 Mark um 6 Prozent gekürzt werden. Eine stärkere Kürzung ist für die Jahresbezüge von über 5000 Mark vorgesehen. Bei den Bezügen zwischen 5000 und 8000 Mark soll der Abzug 8 Prozent, und bei allen höheren Bezügen 10 Prozent betragen. Diese stärkere Kürzung der hohen und höchsten Jahresbezüge erscheint gerechtfertigt, weil bei der Besoldungserhöhung von 1927 die hohen Gehälter besonders begünstigt wurden. Eine Verminderung der durch die Gehaltskürzung beabsichtigten Einsparungen wird nach dem sozialde-

mokratischen Vorschlag nicht eintreten.

Neben der sozialen Staffellung der Gehaltskürzung sieht der sozialdemokratische Gesetzentwurf noch weitere Verbesserungen vor. Um die Gehaltskürzung auch auf die Angestellten bei den öffentlichen Verwaltungen auszudehnen, bestimmt die Notverordnung, dass die Tarif- und alle Einzelverträge bis zum 31. Januar 1931 gekündigt werden können. Das ist ein gesetzgeberischer Eingriff in das Tarifrecht, der nach dem sozialdemokratischen Gesetzentwurf beseitigt werden soll. Der Kündigung der Einzelverträge stimmt die Sozialdemokratie zu, jedoch nur soweit die darin festgesetzten Jahresbezüge 3600 Mark übersteigen. Die Angestellten mit niedrigen Jahresbezügen sollen also geschützt werden.

Um die ehemaligen Angehörigen des Reichsheeres und der Schutzpolizei, die als Versorgungsanwärter dem Reiche grosse zusätzliche Kosten verursachen, beschleunigt in die öffentlichen Verwaltungen unterzubringen, sieht die Notverordnung vor, dass die freiwerdenden Stellen zu mindestens 75 Prozent den Versorgungsanwärtern reserviert werden. Auch die Sozialversicherungsträger sollen künftig Versorgungsanwärter übernehmen. Demgegenüber verlangt der sozialdemokratische Gesetzentwurf die Wiederherstellung des bisherigen Zustandes, wonach der Stellenvorbehalt für Versorgungsanwärter bei der öffentlichen Verwaltung nur 50 Prozent der freiwerdenden Stellen ausmacht, und bei den Sozialversicherungsträgern ein Stellenvorbehalt nicht besteht.

SPD. Köln, 6. Dezember (Eig. Drahtb.)

In der Kasse des Einheitsverbandes der Eisenbahner Bezirksleitung in Köln sind vor einigen Tagen grössere Unregelmässigkeiten entdeckt worden, die den Gesamtvorstand gezwungen haben, den Bezirksleiter Josef Leimbach sofort seines Amtes zu entheben. Leimbach hat daraufhin sein Stadtverordnetenmandat niedergelegt und ist aus der Sozialdemokratischen Partei ausgetreten.

SPD. Siegen i/W., 6. Dez. (Eig. Drahtb.)

Der Arbeitgeberverband der Siegerländer Gruben und Hütten hat den Lohn-tarif für die Metallarbeiter zum 31. Dezember gekündigt. Die Friedrichhütte wird am 31. Dezember stillgelegt werden. Von dieser Massnahme werden über 500 Arbeiter und Angestellte betroffen. Die Grube Stahlberg, früher die berühmteste Grube des Siegerlandes wegen der unübertrefflichen Qualität ihrer Produktion, wird Ende Dezember vollständig zum Erliegen kommen. Hier werden 160 Mann betroffen.

SPD. Düren, 6. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der Arbeitgeberverband hat den Tarif in der Papierindustrie zum 31. Dezember gekündigt. Die Arbeitgeber fordern eine Herabsetzung der Löhne um 12 und 13 %. Auch in der Metallindustrie versuchen die Unternehmer die Löhne zu kürzen, sodass die bisherigen Spitzenlöhne um etwa $17\frac{1}{2}$ % vermindert werden.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 6. Dezember (Eig. Bericht)

Bis in den Spätnachmittag des Sonnabend dauerte die Debatte im Reichstag über Reichshaushalt und Notverordnungen. Den Hauptanteil an Rednern stellten die Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Landvolk und Kommunisten, die vereint weniger gegen die Regierung und ihre Notverordnungen als vielmehr gegen die Sozialdemokratie wetterten.

Die Faschisten von rechts sind wütend, weil ihnen die Sozialdemokratie nicht den Gefallen tut, durch unzeitigen Sturz des Kabinetts Brüning den Weg in die Reichswehr und die preussische Polizei für den sogenannten legalen Faschismus freizumachen. Die Kommunisten sind innerlich recht froh, dass die Sozialdemokratie sich mit der Vernunft ihrer Politik und unter schwerer Verantwortung schützend vor die KPD stellt, aber sie tun so, als seien sie wer weiss wie empört über die Haltung der Sozialdemokratie. Die guten Kommunisten sind ahnungsloser als die Nationalsozialisten. Wenn am Sonnabend ein faschistischer Abgeordneter dem wild gegen die Sozialdemokratie tobenden Torgler zurief, seine Hetze nütze nicht der KPD, an die die Arbeiter nicht mehr glaubten, sondern den Nationalsozialisten, so hatte der Mann so unrecht nicht. Interessant ist, dass die Reden der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten sich kaum mehr voneinander unterscheiden. Ob ein Hugenberg-Reaktionär spricht oder ein Talmi-Sozialist des Dr. Frick, der Beifall ist in beiden faschistischen Rechtsparteien gleich gross. Hugenberg und Hitler haben sich auf gemeinsame Operation gegen die sozialistische Arbeiterklasse eingestellt.

Aus der langen Rednerreihe erwähnen wir zunächst den Landvolkabgeordneten Domsch, der sich bitter beklagte, dass die Wünsche der Landwirtschaft durch die Notverordnungen nicht genügend gewahrt seien. Der bayerische Bauernbündler Eisenberger, der sonst stets eine lustige Einlage für den Reichstag bedeutet, scheint auch alt zu werden. Ueber einige Klagen, dass die anderen schon die Grasbüschel für ihn abgegrast hätten, kam er nicht hinaus. Der Wirtschaftsparteiler Biener ist immerhin schon zu der von den Sozialdemokraten seit Jahren vertretenen Ansicht gekommen, dass Zölle der Landwirtschaft nichts nützen können. Eine der frechsten Reden des Tages hielt der deutschnationale Abgeordnete Dr. Kleiner. Er entwickelte lang und breit die durch viele Zeitungsmeldungen hinreichend bekannten Greuel der Gewaltherrschaft Pilsudskis in Polen. Daraus zog er aber nicht etwa den Schluss, dass zum besten der inneren Freiheit eine Militärdiktatur und jegliches faschistische Regime verhindert werden muss, sondern er nahm daraus den Anlass, den Reichsaussenminister und die Aussenpolitik nach Kräften zu beschimpfen. Am liebsten möchten die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten Deutschland Hals über Kopf in ein kriegerisches Abenteuer gegen Polen hineinhetzen. Weder Dr. Kleiner noch Dr. Frick würden freilich in die Schusslinie gehen. Sie würden andere marschieren lassen. Die Logik der traurigen Zustände in Polen ist doch die, dass Marschall Pilsudski uns zeigt, welche terroristischen Zustände sich dort entwickeln, wo die parlamentarische Demokratie dauernd ausgeschaltet wird. Pilsudski und Mussolini sind für die innere Politik die erhabenen Vorbilder der Schreckensherrschaft, die Deutschnationale und Nationalsozialisten über die deutschen Arbeiter aufrichten möchten. Während der Rede Dr. Kleiners kam es beinahe zu einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten und Kommunisten. Mehrere Gruppen von Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Landvolkabgeordneten stürmten mit dem Ruf "Verbrecher" gegen die Linke vor. Dem nationalsozialistischen Vizepräsidenten-Stöhr, der sich anerkennenswerte Mühe gibt, auf parlamentarischen Anstand auch bei seinen eigenen Freunden zu halten, gelang es, die Ruhe bald wieder herzustellen.

Der kommunistische Abgeordnete Schumann-Thüringen verlangte, dass die deutsche Mieterschaft gegen die Regierung Dr. Brüning aufstehen müsse. Ein natio-

nalsozialistischer Landrat Schneider-Breslau erledigte eigentlich die ganze Dolchstosslüge seiner Partei, indem er zugestand, dass durch den Krieg eine Gesamtverschuldung von 1 500 Milliarden Goldmark in der gesamten kriegsführenden Welt entstanden sei. Trotzdem behauptete er, dass die deutschen Bauern nach dem Kriege durch falsche Wirtschaftslehren ausgeraubt worden seien. Dann stand der konservative Abgeordnete Graf von Westarp auf der Rednertribüne. Erst war er der Führer einer mächtigen Partei, jetzt ist er nur noch das Mitglied eines Splittergrüppchens und lediglich eine kleine Schar von Abgeordneten hörte sich den Zeugen einer versunkenen Zeit an. Westarp sprach sehr gemässigt. Von der Regierung erwartet er, dass sie mit grösster Entschlossenheit auf der jetzt gewonnenen Grundlage aussenpolitisch vorwärtsschreite. Von den Hetzreden der Faschisten stach die Rede des Grafen Westarp immerhin vorteilhaft ab. Zwischendurch erledigte der Reichsfinanzminister einige nationalsozialistische Schwätze und Schreier. So hatte der Nationalsozialist Reinhardt behauptet, die Regierung hätte für das Volksbegehren 360 Millionen Mark ausgegeben. Dietrich wies nach, dass es nur 350 000 Mark gewesen sind. Tausendfache Uebertreibungen sind die Nationalsozialisten aus ihren Versammlungen gewöhnt. Sie tragen denselben Unsinn mit derselben brüllenden Stimme auch im Parlament vor. Von der Tabaksteuer meinte der Reichsfinanzminister, dass ihre Auswirkungen nicht so schlimm sein würden, wie man jetzt annehme. Der deutschnationale Abgeordnete Berndt glaubte, die Nationalsozialisten noch übertrumpfen zu sollen. Man merkte ordentlich, wie der nationalsozialistische Beifall Herrn Berndt aufputschte. Nach seiner Auffassung steht das Kabinett der Frontsoldaten ganz unter dem Protektorat der Sozialdemokratie. Die Führung liege nicht bei Brüning, sondern in der Sozialdemokratischen Partei. Das Reichsbanner sei nur eine Reservetruppe der sozialdemokratischen preussischen Schutzpolizei. Preussen stehe unter einer sozialdemokratischen Diktatur. Ähnliche Delirien gab Berndt noch Dutzende von sich. Schliesslich erteilte ihm der nationalsozialistische Vizepräsident Stöhr einen entrüsteten Ordnungsruf, weil er die Regierung als eine "Karikatur von Führung" bezeichnet hatte. Berndt forderte von der gesamten Opposition, von den Nationalsozialisten über Deutschnationale bis zu den Kommunisten, dass sie gemeinsam die Regierung in den Abgrund stiessen.

Einige falsche Behauptungen, die in den Berndt'schen Reden sich stets in Massen finden, stellte der Reichsinnenminister Dr. Wirth unter dauerndem Gebrüll der Nationalsozialisten sofort richtig. So hat Wirth im Gegensatz zu der Behauptung des Berndt eine Langemark-Feier im Rundfunk nicht nur nicht verhindert, sondern er ist überhaupt mit einem solchen Antrag nicht beschäftigt worden. Wirth erläutert ferner, dass er über die Zulassung des von den Nationalsozialisten gehassten Filmes "Im Westen nichts Neues" keinerlei Befugnisse habe. Die Vorfälle zeigten, wie zweckmässig es sei, bald das Republiksschutzgesetz zu verabschieden. Dann sprang mit grossen Sätzen ein junger Herr auf die Rednertribüne, den man für einen rassechten Mongolen gehalten hätte, wenn er sich nicht so fließend der deutschen Sprache bediente. Es war der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Frank II aus München. Er hatte es bei einem so starken Mongolen-Gesichtsausdruck wirklich nötig, die Linke als "Liebe Asiaten!" anzureden. Diese Apostrophierung richtete freilich noch stärker die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Mongolengesichtszüge des Herrn Frank II. Man fragte ihn, ob seine Vorfahren vielleicht von der Schlacht auf dem Lechfelde übrig geblieben seien. Der ganze Witz des Dr. Frank bestand darin dass er ankündigte, der Wahlauf Ruf der Sozialdemokratie zum 14. September werde in künftigen Wahlkämpfen eine Rolle spielen. Ausserhalb der politischen Idioten, die nationalsozialistisch wählen, wird man freilich begreifen, dass eine politische Partei ihre Politik nicht nach Wahlauf rufen einrichten kann, sondern nach dem Wahlergebnis, das die Abstimmung am Wahltage geschaffen hat. Aus unserem Wahlauf ruf unterschreiben wir auch jetzt noch jedes Wort. Wir müssen uns aber mit der Tatsache abfinden, dass Millionen deutscher Wähler am 14. September gegen uns entschieden und einen arbeitsunfähigen Reichstag gewählt haben.

Der Wirtschaftsparteiler Jörissen beklagt sich, dass die Regierung nicht genug für den Hausbesitz und die Grundstückverteuerung tue. Von den Volksnationalen gab sich der Abgeordnete Abel etliche Mühe, sich mit den Nationalsozialisten geistig auseinanderzusetzen, aber das Echo aus der Umgebung des Pastors Münchmeyer waren nur Schimpfworte, wie "Schweinehund!". Der kommunistische Abgeordnete Torgler stellte fest, dass die Nationalsozialisten über alles Mögliche gesprochen, aber kein Wort zu Gunsten der Erwerbslosen gesagt hätten. Unter grossem Jubel der Nationalsozialisten behauptete er dann, Brüning habe die Sozialdemokratie in der Tasche. Diese Behauptung ist natürlich genau so unsinnig wie die nicht minder verlogene Behauptung der Deutschnationalen und der anderen Rechts-Reaktionäre, dass die Sozialdemokratie eine Diktatur über Brüning ausübe. Die Sozialdemokratie versucht nur, nach Kräften für die Arbeiterklasse herauszuholen, was gegenüber einer so rückschrittlichen Regierung möglich ist und eine noch schlimmere Regierung zu verhüten!

Um 6 Uhr begannen die Abstimmungen zunächst über die Anträge der Deutschnationalen, der Kommunisten und der Nationalsozialisten, die Notverordnungen aufzuheben. Es stimmten 546 Abgeordnete, davon 253 mit Ja und 293 mit Nein. Die Notverordnungen bleiben also in Kraft. Vor der Abstimmung über die Misstrauensanträge gab es eine lange und stürmische Geschäftsordnungsdebatte über die Frage, ob der nationalsozialistische Vertrauensantrag zugelassen werden solle oder nicht. Der Vizepräsident Esser (Zt.), den die Nationalsozialisten mit Zurufen "Schiebung" begrüßten, beantragte, über die Zulässigkeit des Antrages Frick und Genossen das Haus in namentlicher Abstimmung entscheiden zu lassen. Er sagte, der Antrag Frick auf Vertrauen der Regierung sei nicht ernst gemeint und darum unwahrhaftig. Esser konnte sich bei seinem geschäftsmässigen Antrag auf einen Präzedenzfall berufen, der gerade von Dr. Frick im Reichstag eingeführt worden war. Dr. Frick, Graef-Thüringen von den Deutschnationalen, der nationalsozialistische Vizepräsident Stöhr und der Kommunist Stöcker sprachen einmütig gegen die Auffassung des Vizepräsidenten Esser. Stöcker leistete sich allerdings noch die Bemerkung, dass der nationalsozialistische Antrag vielleicht doch ernst gemeint sei; denn die Nationalsozialisten schlossen sich immer enger an die Brüning-Regierung an. Selbstverständlich löste diese Bemerkung wüsten Gebrüll bei den Nazis aus.

Als es zur Abstimmung ging, beschimpften und bedrohten nationalsozialistische Abgeordnete mehrere Abgeordnete der christlichen und volksnationalen Gruppe. Präsident Löbe erklärte, wenn diese Versuche, die Abstimmungsfreiheit von Abgeordneten durch Terror aufzuheben, sich wiederholten, werde er die schuldigen Abgeordneten für lange Zeit ausschliessen. Diese Ankündigung des Diätenentzugs beruhigte die Nationalsozialisten sofort. Die Zulässigkeit des nationalsozialistischen unwahrhaftigen Antrags wurde un namentlicher Abstimmung mit 298 gegen 235 Stimmen bei 22 Enthaltungen der Wirtschaftspartei verneint.

Es folgt die Abstimmung über die Misstrauensanträge. Als der nationalsozialistische Vizepräsident Stöhr die Gelegenheit benutzen will, im Rahmen einer Geschäftsordnungsrede den sozialdemokratischen Wahlaufufruf vorzulesen, belehrt Präsident Löbe seinen Kollegen unter grosser Heiterkeit auf allen Bänken, dass dies unzulässig sei. Teile des Wahlaufufrufs seien heute schon von einem anderen nationalsozialistischen Redner verlesen worden. Zweifellos werde das auch später noch geschehen.

An der Abstimmung über die Misstrauensanträge beteiligten sich 548 Abgeordnete. Einer enthielt sich der Stimme, 256 stimmten mit Ja; 291 mit Nein. Die Misstrauensanträge sind also abgelehnt. Das Ergebnis wurde ohne jede Kundgebung aufgenommen.

Nächste Sitzung Dienstag 3 Uhr. - Schluss 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Aus aller Welt

Mit Essig vergiftet.

Gibt es vierjährige Mörder? - Das Geheimnis der Familie Malygin - Essig statt Milch - Eugénias Martyrium - Ein Kriminalrätsel in Sowjetrussland.

SPD. Unübersehbar das grosse Russland. Zwölf Tagereisen im Express von einem Ende zum anderen. Wladiwostok, wo das hier zu schildernde Drama sich abspielt, liegt im äussersten Osten. Es handelt sich um die Tragödie der Familie Malygin: Vater und Mutter, drei erwachsene Söhne, Mitglieder der Kommunistischen Partei, und die 14 jährige Tochter Fasta.

Der vergiftete Säugling.

Eines Tages rief die 14 jährige Fasta in höchster Erregung ihre Schwägerin Eugénia von der Arbeit ausserhalb des Hauses weg. Aufgeregt rief sie: "Komm schnell! Jean Paul hat den kleinen Engels vergiftet!" Engels war Eugénias zweites Kind, ein Säugling noch; der Vorname war ihm nach neurussischer Sitte im Gedenken an den grossen Sozialistenführer gegeben worden. Und das Kind mit dem historischen Namen Jean Paul war der vier Jahre alte Sohn Eugénias, ihr erstes Kind.

Mit schweren Zuckungen lag der kleine Engels in der Badewanne, Schaum um den Mund; daneben ein Essigfläschchen mit einem Lutscher. Drei Tage später starb der Kleine nach entsetzlichen Qualen im Krankenhaus. Die Obduktion liess keinen Zweifel: das Kind war einer Essigvergiftung erlegen. Man erklärte vorerst die Sache so, dass der kleine Jean Paul, seine Mutter nachahmend, vom obersten Fach des Buffets die Essigflasche geholt und entkorkt und den Lutscher über den Flaschenhals gezogen hatte. Vielleicht hatte der kleine Jean Paul den schreienden Säugling beruhigen wollen. Merkwürdig nur, dass der Knabe immer wieder unter bitteren Tränen beteuerte, nicht er, sondern "die Grossmutter" habe es getan. Merkwürdig nur, dass das Kind von seinen Beteuerungen auch trotz aller Vorhaltungen nicht abliess. Und so wurde denn schliesslich die Voruntersuchung eingeleitet, Anklage erhoben und die Hauptverhandlung anberaumt.

Die Familie Malygin.

Die Verhältnisse in der Familie Malygin waren eigenartig genug. Das Wort der Mutter war Gesetz. Niemand, auch nicht der Vater, wagte sich dagegen aufzulehnen. Obschon man auf die kommunistischen Grundsätze schwor, lebte die 14 jährige Fasta vollkommen ohne eigenen Willen; es war wie in einer patriarchalischen Dorffamilie von ehedem. Dass die Mutter auch die Schwiegertöchter beherrschte und sich mit ihnen nicht vertrug, lag in der Ordnung der Dinge. Und die Söhne hielten es hierin wie die Mutter. War sie voller Geringschätzung für ihren Mann, so waren es diese für ihre Frauen. Der eine der Söhne, Innocenti, ein Student der Arbeiterfakultät, hatte mit 20 Jahren seine dritte Frau. Seine Pflichten als Ehemann nahm er nicht ernst. Die Mutter wünschte, dass die Schwiegertöchter keine Kinder zur Welt brächten, da jeder überflüssige Esser unwillkommen ist. Als Innocentis erste Frau in andere Umstände kam, schrieb er ihr von auswärts, dass er auf ein weiteres Zusammenleben mit ihr verzichte - möge sie sehen, wie sie weiter käme. Schwanger verliess sie das Haus ihres Mannes, der ihr das Leben schon ohnedies zum Martyrium gemacht hatte.

Engels Geburt und Tod.

Noch schlimmer erging es der Frau Andreis, Eugénia. Die Schwiegermutter mochte sie nicht leiden, ebenso wenig die übrigen Mitglieder der Familie. Auch Andrei hielt zur Mutter. Seine stürmischen Auseinandersetzungen mit der Frau endeten nicht selten mit Misshandlungen. Eugénia war das Aschenbrödel. Alle

schweren Hausarbeiten lasteten auf ihr. Ganz arg wurde es, als sie schwanger war. Sie sollte abtreiben. Zum vierten Male. Ihr vierjähriger Jean Paul genügte. Diesmal verbot der Arzt, dem Zwange nachzugeben und die Frucht zu beiseitigen. Als das Kind zur Welt kam, nannte man es Engels. Das Verhältnis zu Eugenia gestaltete sich noch hässlicher. Die Wöchnerin hatte sich kaum erholt, als sie zu schwerster Arbeit angehalten wurde. Man liess ihr weder Zeit, das Kind zu nähren, noch es zu pflegen. Nur widerwillig rückte Andrei, allen kommunistischen Grundsätzen zum Trotz, die täglichen fünf Kopeken für die Milch heraus. Alles Geld, das die Söhne verdienten, liess sich die Mutter auszahlen. Und eines Tages wand sich dann Engels, mit Essig vergiftet, in der Badewanne.

Die Gerichtsverhandlung.

Das Elternpaar Malygin und der Sohn Andrei hatten sich wegen Mordes zu verantworten. Sie bestritten die Tat. Sie behaupteten, Jean Paul habe dem Säugling die Essigflasche in den Mund gesteckt, niemand anderes. Weshalb sollten sie auch das Kind vergiftet haben? Sie, deren Familie eine ideale "Kommune", ein "Kollektiv" darstelle. Sie sollten Eugenia schlecht behandelt haben? Keine Idee. Man sei ihr gegenüber gerecht gewesen; sie habe die Behandlung gehabt, die sie verdient hätte. So die Mutter, so der Sohn. Schliesslich wurde auch neben Andrei und Innocenti der 18 jährige Konstantin, noch Jungkommunist, vernommen; er erklärte: "Mein Interesse gehört voll und ganz dem öffentlichen Leben. Der Tod des kleinen Engels interessiert mich nicht...."

Das Gericht beriet vier Stunden lang. Das Urteil lautete auf drei Jahre schweren Kerker für Xenia Malygin, die Mutter, und auf ein Jahr sechs Monate einfachen Kerker für Andrei; der alte Georgi Malygin wurde verwarnt.

Ein Justizmord?

Das Sittenbild ist interessant, der Fall selbst, wenigstens von hier aus, kriminalistisch undurchsichtig. Vielleicht liegt tatsächlich ein Justizmord vor, wie manche russische Journalisten behaupten. Ein vierjähriges Kind als "Giftmörder" erlebte man nämlich erst vor kurzem in einem Fall, der vor einem Berliner Gericht zur Aburteilung kam. Ein Vater stellte sich eines Tages der Polizei: er habe seinen Säugling vergiftet. Das Motiv schien unfassbar. Händelte es sich doch um einen guten Ehemann und einen liebenden Vater. Auch bestritt die Frau die Täterschaft ihres Mannes, der denn auch tatsächlich vor Gericht das Geständnis zurücknahm und erzählte, dass sein vierjähriges Töchterchen dem Säugling eine Tablette eines giftigen Desinfektionsmittels in den Mund gesteckt habe. Er habe die Tat auf sich genommen, um das Kind nicht zu belasten. Das Gericht liess das Kind holen und überzeugte sich durch geschickte Verhandlungsweise, dass der Giftmord durch das Kind durchaus nicht ausgeschlossen sei. Der Vater wurde freigesprochen, aber immerhin blieb auch ein leichter Zweifel an seiner Unschuld.

+ + +

Entdeckung eines Goldschatzes. In den Kellerräumen eines Hauses der Via Abundantia in Pompeji wurde eine verfallene hölzerne Truhe entdeckt, die mit einem reichen Gold- und Silberschatz aus der römischen republikanischen- und aus der Kaiserzeit gefüllt war. Es handelt sich um goldene und silberne Arm- bänder, Ohrgehänge, edelsteinbesetzte Ringe, Halsketten, Pokale, Tischgeschirre, Spiegel, Salbenbüchsen, Duftflaschen usw. Der sensationelle Fund soll an materiellem und kulturgeschichtlichem Wert alle bisherigen entsprechenden Funde in den Schatten stellen.

+ + +

Zwei Hinrichtungen. In Znaim (Tschechoslowakei) wurde ein Mörder gehängt, der einen Gendarm und dessen Frau erschossen hatte. Am Prager Galgen endete ein Mann, der an einer Kontoristin einen Raubmord begangen hatte.

+ + +

Hundeverkauf zentimeterweise. In Landsberg/Warthe fand dieser Tage ein origineller Hundeverkauf statt. Da sich Käufer und Verkäufer nicht einigen konnten, wurde das Tier nach der Länge verkauft und zwar vereinbarte man einen Verkaufspreis von zehn Pfennig pro Zentimeter. Der Hund war von der Schnauze bis zum Schwanz 68 Zentimeter lang. Der Preis war 6,80 Mark.

+ + +
Neue Mensuraushebung. Von der Berliner Kriminalpolizei wurde abermals eine studentische Mensurveranstaltung, die in einem Restaurant im Grunewald stattfand, ausgehoben. 60 Studenten der Berliner Universität, die sich nicht ausweisen konnten, wurden den nächsten Polizeirevieren zugeführt.

+ + +
Sensationen im Eierprozess. Im Elberfelder Eierprozess gegen den Kaufmann Jürges wurde am Sonnabend die Hauptbelastungszeugin, die 46 jährige Frau Lore Windhövel, vernommen. Frau Windhövel musste zugeben, dass sie den ihrer Anzeige zugrundeliegenden Tatbestand nur vom Hörensagen kennt. Aus direkter Kenntnis vermochte sie nicht anzugeben, inwiefern der Eierhändler Jürges seine Angestellten zum Schadenersatzschwindel verführt habe. Durch Befragen des Vorsitzenden und der Verteidigung ergab sich allmählich eine Situation, die die Vermutung ziemlich nahe legt, dass es sich bei der Anzeige um einen Racheakt der Familie Windhövel und ihres Schwagers Greff, der der eigentliche Urheber der Beschuldigungen war, handelt. Frau Windhövel verwickelte sich in so schwere Widersprüche, dass sich der Vorsitzende zu der Bemerkung veranlasst sah, dass mit dieser Zeugin kaum etwas anzufangen sei.

+ + +
Levine freigelassen. Wegen Mangel an Beweisen hat die Wiener Staatsanwaltschaft das gegen den Ozeanflieger Levine schwebende Verfahren eingestellt. Levine erklärte gegenüber der gegen ihn geäußerten Beschuldigung der Münzfälschung dass er über den Zweck der Vorbereitung der Herstellung der Medaille deshalb keine ausführlichen Angaben bei der Polizei habe machen wollen, weil diese Medaille mit seinem neuen grosszügigen Weltflugprojekt in unmittelbarer Verbindung stehe. Levine ist am Sonnabend nach Paris gefahren, um die dortige Flugzeugausstellung zu besichtigen.

+ + +
Dieterleurtel: 100 000 Mark! In dem Prozess, den die Silva-Filmgesellschaft in Berlin gegen den seit längerer Zeit in Hollywood weilenden Filmschauspieler Wilhelm Dieterle angestrengt hat, wurde der Beklagte vom Arbeitsgericht Berlin-Mitte zu 100 000 Mark Schadenersatz verurteilt. Das Gericht hat sich den Standpunkt des Klägers zu eigen gemacht, demzufolge die Nichterfüllung des von Dieterle mit der Silva-Filmgesellschaft abgeschlossenen Vertrages auf Durchführung verschiedener Filmrollen in keiner Weise zu rechtfertigen sei.

+ + +
Pariser Schulkatastrophe. Der Pariser Stadtrat fasste im Hinblick auf die katastrophalen Pariser Schulverhältnisse den Entschluss, sofort eine 100 Millionen-Anleihe aufzunehmen, um mit diesem Geld neue Kommunalschulen erbauen zu lassen, da in den jetzigen Gemeindeschulen das Schulreglement, das höchstens 40 Schüler für eine Klasse gestattet, überall überschritten wird. In der Mehrzahl der Klassen sitzen 60 Kinder.

+ + +
Zuchthausausbrecher gefasst. In einer Laubenkolonie in Berlin-Neukölln wurde der seit längerer Zeit von der Polizei gesuchte bekannte Geldschrankeinbrecher Bartkowski gefasst, der noch eine 12jährige Zuchthausstrafe zu verbüssen hat. Bartkowski war zuletzt aus der Strafanstalt Braunschweig ausgebrochen. Man nimmt an, dass er an verschiedenen Raubüberfällen der letzten Zeit beteiligt war.

Wirtschaft Technik Handel

Stand der Wirtschaftskrise.

(Der Konsum bleibt hinter den Produktivkräften zurück.)

SPD. Das Institut für Konjunkturforschung trifft in seinem letzten Vierteljahresbericht für die weltwirtschaftliche Krisenlage Ende November folgende Feststellung :

"Der weltwirtschaftliche Konjunkturrückschlag hat eine Ausdehnung und Intensität angenommen, wie das in der modernen Wirtschaftsentwicklung noch niemals zuvor beobachtet werden konnte.... Der Rückgang hält in der industriellen Produktion, im Verkehr und vor allem im Aussenhandel unvermindert scharf an. Die Lagerbestände zeigen kaum eine wesentliche Entlastung. Dennoch hat sich das Rückgangstempo der Weltmarktpreise verlangsamt. Die Entspannung der Kapitalmärkte schreitet fort, die industrielle Investitionstätigkeit bleibt aber gering. Nahezu alle Volkswirtschaften befinden sich noch in fortschreitender Abschwungsbewegung. Eindeutige Anzeichen für einen bevorstehenden Tendenzumschwung sind nirgends zu erkennen. Durch die zwangsläufige Wechselwirkung von ausserem und innerem Kaufkraftschwund der Volkswirtschaften bietet die Weltwirtschaft gegenwärtig das Bild mannigfaltiger und dabei sich verschärfender Krisen- und Depressionserscheinungen."

Ueber die deutsche Konjunkturlage Ende November 1930 heisst es: "Der gegenwärtige Konjunkturrückschlag ist von einer in Deutschland kaum jemals erlebten Schwere. Mitte 1930 begannen vereinzelte Anzeichen einer sich langsam anbahnenden Festigung der Wirtschaftslage hervorzutreten. Die Vertrauenskrisis hat diese Ansätze vernichtet. Der Kapitalmarkt verknappte sich wieder, die Auftragseingänge gingen erneut zurück. Die industrielle Produktion liegt um rund ein Viertel, auf Teilgebieten um beinahe die Hälfte unter Vorjahrshöhe. Die Arbeitslosigkeit erstreckt sich auf $3\frac{1}{2}$ Millionen Menschen; ungefähr ein Sechstel der Arbeiter und Angestellten sind aus dem Produktionsprozess ausgeschaltet. Dabei ist für die kommenden Monate - schon aus saisonmässigen Gründen - mit einer wachsenden Belastung des Arbeitsmarktes zu rechnen. Der Absatz auf dem Binnenmarkt ist weiter gesunken. Die Ausfuhr ist zwar saisonmässig gestiegen, nennenswerte Exportfortschritte sind aber bei der an Ausdehnung und Intensität noch zunehmenden weltwirtschaftlichen Depression zunächst nicht zu erwarten. Der Kurseinbruch am Aktienmarkt, der Rückgang der konjunkturrempfindlichen Warenpreise und der Hochstand der Zinssätze am Kapitalmarkt machen eine Besserung der Wirtschaftslage vorerst nicht wahrscheinlich. Es ist nicht einmal ausgeschlossen, dass sich die Konjunktur weiter verschlechtert. Ein starkes Gegengewicht gegen die zu weiterem Rückgang drängenden Faktoren würde jedoch die Beseitigung der politisch bedingten Vertrauenskrisis bilden."

Als ausschlaggebende Ursache der Weltkrise wird erneut, wie es schon ausführlich im vorangegangenen Vierteljahresbericht geschehen war, das Zurückbleiben des Konsums hinter der Entwicklung der Produktivkräfte und die ungleichmässige Entwicklung von Produktionsmittel- und Verbrauchsgüterindustrien unterstrichen: "Der Produktionsapparat der Weltwirtschaft ist in den letzten 10 Jahren stärker gewachsen als der Konsumtionsapparat". Aus diesem Grunde wird auch die Möglichkeit der Belebung von der Investitionsseite her als gering veranschlagt, was sowohl für die Weltwirtschaft als auch für die deutsche Volkswirtschaft gilt. Als verschärfende Momente kommen die Starrheit der Produktionsgüterpreise hinzu, die sich infolge der starken monopolistischen Bin-

dungen herausgebildet hat.

Für die deutsche Krise wird auf die Verschärfung hingewiesen, die durch den Ausfall der Reichstagswahlen (verstärkte Vertrauenskrise der inländischen und ausländischen Kapitalgeber sowie die sprunghafte Zunahme der Kapitalflucht) eingetreten ist. Auch auf die Produktion hat die verschärfte politische Nervosität zurückgewirkt und eine noch stärkere Zurückhaltung in der Auftragserteilung etc. bewirkt. Das Institut für Konjunkturforschung unterstreicht auf das stärkste, dass für die deutsche Volkswirtschaft mit einer Belebung durch Investitionen, selbst bei wesentlich gebesserter Kapitalversorgung, nicht gerechnet werden kann, "da im Verlaufe des vorangegangenen Aufschwungs die Produktionsanlagen in einem Mass ausgebaut wurden, das auch weit über die Grenzen der für die Zukunft zunächst zu erwartenden Beschäftigung hinausgeht". Für die nächste Zeit "ist keinesfalls mit einer Belebung der Investitionstätigkeit weder in Neuanlagen noch in Vorräten zu rechnen. Vielfach dürften nicht einmal die den Abschreibungen entsprechenden Ersatzanlagen durchgeführt werden".

Das Institut für Konjunkturforschung hält die Wiederbelebung der Wirtschaft von der Investitionsseite wie von der Exportseite her für kaum möglich. Weder für eine Investitionskonjunktur noch für eine Exportkonjunktur sind die Voraussetzungen gegeben. Bleibt als einziger Ausweg die Belebung von der Konsumseite her. "Die Entfaltung der Konsumkonjunktur ist - von Lohnerhöhungen abgesehen, die den Export verhindern und die Investitionstätigkeit schwer treffen würden - im wesentlichen nur durch eine den Einkommensausfall überkompensierende Ermässigung der Preise, vor allem im Einzelhandel und im Handwerk, denkbar". Wenn dann weiterhin gesagt wird, dass auch diese Entwicklung wenig Wahrscheinlichkeit hat, vor allem weil die Arbeitslosigkeit, der Lohn- und Gehaltsabbau weiter um sich greift, so müssen wir uns dieser fatalistischen Auffassung aufs stärkste widersetzen. Wenn man, wie es in dem Konjunkturbericht geschehen ist, erkannt hat, dass die ausserordentliche Schwere der deutschen Krise in erster Reihe auf den ungewöhnlich starken mengenmässigen Absatzrückgang, die ungenügende Durchsetzung des Preisabbaus bei starkem Kaufkraftausfall durch Arbeitslosigkeit und bereits effektiv eingetretene Lohnsenkungen zurückzuführen ist, so kommt es eben darauf an, diese Hemmungen aus dem Wege zu räumen und durch fühlbaren Preisabbau und Abstoppen der Lohnabbauwelle eine Belebung des Konsums herbeizuführen.

Rasche Fortsetzung des Preisabbaus, Erhaltung und Hebung der Realkaufkraft der Massen sowie Beseitigung der politisch bedingten Vertrauenskrise! - das sind die unerlässlichen Voraussetzungen für die Ueberwindung der Wirtschaftskrise.

SPD. Das Institut für Konjunkturforschung gibt in seinem letzten Vierteljahresbericht einen Ueberblick über die Lohn- und Preisprobleme, der wohl mit vieler Spannung erwartet worden ist.

Der Rückgang des Arbeitseinkommens durch Arbeitslosigkeit und Verdienstminderung wird für das Jahr 1930 gegenüber dem Vorjahr auf 4 Milliarden Mark veranschlagt. Das Arbeitseinkommen ist also bereits um rund 10 % zurückgegangen. Es wird auch vom Institut für Konjunkturforschung bestätigt, dass die Verdienste der noch in Arbeit befindlichen Arbeiter und Angestellten unabhängig von einer Tariflohnsenkung effektiv bereits stark zurückgegangen sind. Eine Reihe von Symptomen "spricht dafür, dass bei der Industriearbeiterschaft der Rückgang der Durchschnittsverdienste wahrscheinlich 5 - 10 % beträgt". Die bisher eingetretene Preissenkung hat die nominellen Einkommensverluste bei weitem nicht ausgleichen können. Das Institut für Konjunkturforschung veranschlagt einen beträchtlichen mengenmässigen Rückgang des Kleinhandelsabsatzes infolge dieser starken Schrumpfung des Arbeitseinkommens und schätzt den mengenmässigen Absatzrückgang z.B. für Bekleidungswaren auf

5 - 6 %, für Hausrat auf 7 - 8 % (diese Schätzungen scheinen uns noch zu niedrig gegriffen. Red.) Die erforderliche Anpassung der Preise ist bisher in Deutschland durch mannigfaltige Einflüsse aufgehalten worden. Die inlandsbestimmten Preise sind erst in allerletzter Zeit ein wenig nach unten gerichtet, aber die bisher eingetretene Preissenkung ist unbedeutend. Während die vorwiegend für den Weltmarkt bestimmten Preise seit Jahresfrist um 25 % zurückgegangen sind, beträgt der Preisrückgang bei den vorwiegend inlandsbestimmten Preisen nur etwa 6 %. Diese künstliche Preishochhaltung ist in erster Linie auf die ungerechtfertigte Preispolitik der marktbeherrschenden Monopolverbände zurückzuführen. Die Preise der Produktionsgüter, die in erster Reihe unter diese Gruppe fallen, sind seit ihrem Höchststand im August 1929 nur um 2 % gesunken. Aber auch bei den Verbrauchsgütern entspricht der Preisrückgang, wie vom Institut für Konjunkturforschung festgestellt wird, nicht der durch die Senkung der Rohstoffpreise eingetretenen Kostenersparnis. "Die Rohstoffpreise der Verbrauchsgüterindustrien gingen seit ihrem Höhepunkt um 40 % zurück. Unter Annahme eines Rohstoffanteils von 30 - 40 % wäre mit einem Rückgang der Fertigwarenpreise um etwa 14 % zu rechnen. Der tatsächliche Rückgang der Preise beträgt 12,3 %."

SPD. Nach einer Erhebung der Zeitschrift für Waren- und Kaufhäuser liegt der Oktoberumsatz wertmässig um 8,4% unter dem Vorjahrsstand. Für die ersten 10 Monate 1930 ist ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 4,3% festzustellen. Wieweit dem wertmässigen Rückgang ein mengenmässiger Rückgang entspricht, ist aus der Erhebung nicht ersichtlich. Die Zeitschrift für Waren- und Kaufhäuser nimmt allerdings an, dass das mengenmässige Umsatzvolumen noch gestiegen sei. Von besonderem Interesse ist, dass in den Lebensmittelabteilungen trotz des Preisrückgangs der wertmässige Umsatz im Oktober um 7,6% über Vorjahrshöhe lag. Danach ist anzunehmen, dass die "billigen Tage" in den Warenhäusern die Käufer-schichten mehr als je anlocken.

SPD. Die Verhandlungen in der Internationalen Rohstahlgemeinschaft, die in Paris stattfanden, haben nach den vorliegenden Nachrichten mit einem Erfolg geendet. Der internationale Eisenpakt wird für 6 Monate, also bis Ende Juni 1931 verlängert. Zugleich wird die Einschränkung der Rohstahlerzeugung von 25 auf 30% erhöht. Im Gegensatz dazu nimmt der Internationale Walzdrahtverband eine Erhöhung seines Produktionsprogramms für das erste Vierteljahr 1931 um 25 000 auf 390 000 Tonnen vor.

Die Interessenten im Internationalen Eisenpakt scheinen sich darüber klar zu sein, dass die gefundene Regelung kaum von Dauer sein wird. Vorsorglich hat man eine Kommission eingesetzt, die sich mit der Rekonstruktion der Internationalen Rohstahlgemeinschaft beschäftigen soll.

SPD. Die Berliner Markthallendirektion hat für den 5. Dezember immer pro Pfund und in Pfennigen, im Kleinhandel folgende Preise festgestellt: Weisskohl 5 bis 6 Pfennige, Wirsingkohl, gelb, 5 bis 7 Pfennige, Wirsingkohl, grün 6 bis 8 Pfennige, Rotkohl 5 bis 7 Pfennige, Wurzelspinat 17 bis 22, Blattspinat 25 bis 30, Mohrrüben 5 bis 7, Grünkohl 10 bis 15, Kohlrüben 5 bis 6, gewöhnliche Rübchen 10 bis 15, Teltower Rübchen 22 bis 25, Rote Rüben ca. 6, Zwiebeln 5 bis 6, Kochaepfel 25 bis 30, Essäpfel 30 und mehr Pfennige.

Weiter rückläufig.

(Berliner Getreidebörse vom 6. Dezember)

SPD. Auch am letzten Tage der Woche blieb die Stimmung an der Berliner Produktenbörse recht ruhig. Nachdem nunmehr kältere Witterung eingetreten ist, hat sich das Angebot an promptem Brotgetreide merklich verstärkt. Weizen fand bei Mühlen und Händlern gute Aufnahme, sodass die Preislage fast unverändert blieb. Dagegen konnte Roggen seinen Preisstand nicht voll behaupten. Es zeigte sich auch hier Kaufneigung, jedoch nur zu niedrigeren Preisen, sodass die Preise um etwa 2 Mark zurückgehen mussten. Auch am Markte der Zeitgeschäfte waren für die Frühjahrmonate Preisrückgänge von etwa 2 Mark für Weizen und Roggen zu verzeichnen. Dabei blieb die Umsatztätigkeit recht gering. Das Mehlgeschäft gestaltete sich sehr schleppend. Roggenmehl wurde um 25 Pfennig billiger offeriert; für Weizenmehl lauteten die Forderungen unverändert. Hafer hatte bei reichlichem Angebot und ruhiger Nachfrage geringes Geschäft; die Preise konnten sich nicht voll behaupten.

	<u>5. Dezember</u>	<u>6. Dezember</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	249 - 250	249 - 250
Roggen	154 - 155	152 - 153
Braugerste	204 - 224	204 - 224
Futter- und Industriergerste	190 - 195	190 - 195
Hafer	140 - 146	140 - 145
Weizenmehl	29,25-37,00	29,25-37,00
Roggenmehl	24,00-27,00	24,00-27,00
Weizenkleie	10,25-10,60	10,25-10,60
Roggenkleie	9,00- 9,50	9,00- 9,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 261 (Vortag 261 $\frac{1}{2}$), März 273 - 272 $\frac{1}{2}$ (274), Mai 282 und Brief (284). Roggen Dezember 171 (174), März 183 $\frac{1}{2}$ -183 (185 $\frac{1}{4}$), Mai 189 $\frac{1}{4}$ (190 $\frac{1}{2}$), Hafer Dezember 158-156 $\frac{1}{2}$ (157 $\frac{1}{2}$), März 166 und Brief (168), Mai 176 (178).

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 6. Dezember: I. 128 Mark, II. 114 Mark, III. 98 Mark je Zentner. Tendenz: gebessert.

Berliner Milchpreis.

SPD. Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Lieferung gelangt, betragen je Liter frei Berlin für die Zeit vom 6. bis 11. Dezember: für A-Milch 17 Pfennige, für B-Milch 10 Pfennige, für C-Milch 12 Pfennige. Die A-Milchmenge ist auf 90 % des A-Milchkontingents der einzelnen Lieferstelle festgesetzt. Zur Zeit beträgt der Zuschlag für a) tiefgekühlte Milch 0,50 Pfennig, b) molkereimässig bearbeitete Milch 1,75 Pfennig je Liter. Dazu tritt Qualitätsbewertung nach Fettgehalt und Sauberkeit, entsprechend dem Berliner Abkommen.

Gewerkschaftliche Rundschau

Dem Tode entrissen.

183 Stunden in der Grube verschüttet.

SPD. Ende voriger Woche wurden auf der Zeche "Viktor" in Rauxel durch Zubruchgehen eines Strebepfeilers zwei Bergleute verschüttet. Nach zwei Tagen gelang es, mit einem der Verschütteten, dem Bergmann Wienpahl, der unverletzt geblieben war, in Verbindung zu treten. Erst am letzten Freitag Abend um 7 1/4 Uhr, also nach fast acht Tagen, konnte der Verschüttete lebend aus seiner furchtbaren Lage befreit werden. Dieser Fall steht in der Geschichte des rheinisch-westfälischen Bergbaus einzig da.

Trauerbotschaft durchheilt die Stadt. Ein neues Grubenunglück. Angst auf allen Gesichtern. Wen wird es getroffen haben? Nach bangem Fragen und Harrn endlich Gewissheit: zwei Hauer sind verschüttet. Der eine ist Vater von zwei Kindern, der andere kinderlos. Man rechnet kaum damit, dass die beiden noch leben. Trotzdem sucht man die Verschütteten so schnell als möglich zu bergen. Man gräbt und gräbt. 48 Stunden sind schon vorüber und immer noch kein Lebenszeichen von den Eingeschlossenen. Man gräbt und gräbt, und der Schweiss fliesst in Strömen den Kumpels vom Körper, die sich keine Ruhe gönnen, ehe nicht die Arbeitskollegen gerettet sind. Plötzlich horcht man auf. Was war das? Klopfen an einem Leitungsrohr, das durch den Bruch führt! Freudiges Erschrecken auf den schweissnassen Gesichtern der schwer schaffenden Rettungsmannschaften. Endlich ist es so weit: man kann sich mit dem, der in der Tiefe die Klopfzeichen gegeben hat, verständigen. Es ist der Hauer Wienpahl. Von seinem Arbeitskollegen, der mit ihm zusammen verschüttet wurde, weiss er nichts.

Durch das Hereinbrechen der Gesteinsmassen war auch das Leitungsrohr, durch das die Pressluft für den Antrieb der maschinellen Werkzeuge getrieben wird, verschüttet worden. Unendliche Mühe hat es dem lebendig Eingesargten gekostet, die Leitung freizulegen. Er wusste, dass draussen an seiner Rettung gearbeitet wurde. Er wusste, dass er sich nur durch die Freilegung der Leitung mit seinen Arbeitskollegen verständigen konnte. Jetzt endlich konnte er den Ort angeben, an dem er sich befand: eine Höhle, 4 Meter lang, 2,50 Meter breit und 2 Meter hoch. Eine stattliche Totengruft!

Von oben schafft man flüssige Nahrungsmittel heran: Milch, Fleischbrühe, Mineralwasser, Wein, um den Mann zu stärken. Die Nahrungsmittel werden in das Leitungsrohr geschüttet und mit Pressluft durch den Bruch getrieben. An der andern Seite fängt der Verschmachtende die stärkenden Mittel mit seinem Schuh auf. Noch nie hat es ihm so geschmeckt wie dieses Mal, wo ihm der Tod bereits auf der Zunge sitzt und trotzdem Rettung möglich erscheint. Noch ist er aber nicht gerettet, und unermüdlich wird weiter gegraben. Nur langsam schreitet das Rettungswerk vorwärts. Vorsicht ist geboten, denn jede Unvorsichtigkeit kann alle Mühe zu Schanden machen. Minuten werden zu Stunden, Frau und Eltern stehen Höllenqualen aus wie der Verschüttete in der Tiefe. Stunden verrinnen, Tage verrinnen. Die Ernährung muss ärztlich festgelegt und geregelt werden. Man hofft von einem Tag zum andern, und immer wieder kommt man zu dem Ergebnis, dass die Rettung doch noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Schliesslich

geht man dazu über, von unten her einen Stollen durch die Kohle zu treiben und damit endlich bahnt man den Weg zur Rettung.

Bergmannslos! Ein bitteres Los. Tag für Tag Kampf mit dem Tod und karges Brot und auch dieses karge Brot ist jetzt vom Lohnabbau bedroht. Sogar nach der Auffassung der Zechen bedeutet, wie aus den Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat hervorgeht, eine Senkung der Bergmannslöhne eine sehr grosse Härte. Wenn beide Parteien sich sogar darüber einig sind, dass eine Lohnsenkung im Ruhrgebiet nicht angebracht ist, dann muss sie auch vermieden werden. Wenn im Bergbau gespart werden soll, dann muss eben sonstwo gespart werden und nicht an den Verdienstgroschen, denn der Lohn ist bereits durch die Feierschichten im letzten Jahr um rund 25% gesunken.

Vielleicht geht der bittere Kelch einer Lohnsenkung an den Bergarbeitern vorüber. Wenn die Bergleute jedoch auf die Dauer vorwärts und emporkommen wollen, dann bleibt ihnen nichts anderes übrig, als zunächst einmal ihr Organisationsverhältnis zu verbessern. Hier sieht es trübe aus. Unternehmer und Kommunisten bemühen sich redlich, dem Bergmann den Organisationsgedanken zu verkehren. Der Gewerkschaftsgedanke muss aber wieder marschieren, wenn das Unternehmertum in seine Schranken zurückgewiesen werden soll. Nur eine mächtige Organisation gibt eine Garantie zur Verbesserung der Lebensmöglichkeiten. Nur Einigkeit hilft.

SPD. Die Holzarbeitgeber sind merkwürdige Leute. Das von ihnen ersehnte freie Spiel der Kräfte ist im Holzgewerbe endlich eingetreten; denn in ihm kann man von einer "schematischen Tariflohnregelung" nicht mehr sprechen, da am Jahresende tarifvertragliche Lohnbindungen in nennenswertem Umfang kaum mehr bestehen dürften. Was tut aber der Arbeitgeberverband? Er fordert den Abschluss eines neuen Lohnabkommens. Selbstverständlich eines Lohnsenkungsabkommens. Er will also den Tarifvertrag, obwohl er seit Monaten von der schematischen Lohnbindung frei ist.

Zu diesem Wunsch der Arbeitgeber bemerkt die Holzarbeiterzeitung: Die Holzarbeiter wünschen den Tarifvertrag, aber sie wollen ihn nicht um jeden Preis. Die ersten vier Monate der tariflosen Zeit haben den Beweis erbracht, dass eine gute Organisation die Lohn- und Arbeitsbedingungen auch ohne Lohn tarif verteidigen kann. Der Tarifvertrag ist nicht Selbstzweck. =

Wohl bekomm's!

SPD. Der Schiedsspruch zur Beilegung des Lohnstreits in der Rheinschiffahrt ist für verbindlich erklärt worden. =

Der Schiedsspruch für die Bielefelder Metallindustrie wurde von den Arbeitnehmern mit einer Mehrheit von 98% abgelehnt. Die Arbeitgeber haben Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs beantragt. Der Spruch will die Akkordrichtlöhne ab Neujahr um 5% und die Stundenlöhne um 3% bis Ende Mai kürzen.

SPD. Der preussische Handelsminister hat die Regierungspräsidenten erneut darauf aufmerksam gemacht, dass die Schwarzarbeit unter allen Umständen eingeschränkt werden muss. Klagen über Schwarzarbeit im Handwerk und Kleingewerbe sind in letzter Zeit wieder stärker aufgetreten.

SPD. Der Reichsarbeitsminister, der sehr schlagfertig antworten kann, hat es bis jetzt vermieden, auf die scharfen Attacken seiner eigenen, d.h. der christlich-gewerkschaftlichen Presse gegen seine Lohnabbaupolitik zu reagieren. Wahrscheinlich um dem Arbeitsminister die Zunge zu lösen, brachte "Der Deutsche" dieser Tage einen für Stegerwald nicht schmeichelhaften Vergleich zwischen der deutschen amtlichen Lohnpolitik und der Mussolinis. "Der Deutsche" schreibt:

"In Italien beschränkte sich nach den Verlautbarungen der Lohnabbau auf die übertariflichen Löhne. In Deutschland haben die Unternehmer diese Praxis schon seit langem geübt. In Deutschland aber hält man im Gegensatz zu der italienischen Regierung, die sich gegen die Unternehmer wendet, die Aufhebung der übertariflichen Löhne noch nicht für ausreichend. Die staatlichen Schlichtungsorgane kürzen deshalb mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig ist, auch die tariflichen Mindestlöhne. Draussen in der Welt genießt Deutschland den Ruf, dass es alles gründlich macht. Es hat den Krieg bis zum Weissbluten geführt und die Inflation bis zum Aeussersten getrieben. Nunmehr soll anscheinend auch der Lohnabbau bis zum letzten durchgeführt werden."

Schlimmer als Mussolini! Eine böse Zensur und auch noch von - Freunden.

SPD. Die Angestelltenverbände des AfA-Bundes haben in einer Eingabe an den Reichstag gegen die Pläne auf Kürzung der Gehälter der Behördenangestellten Protest erhoben. Sie bekämpfen auch eine Uebertragung der Kürzungsmöglichkeit auf das Personal der Gesellschaften des privaten Rechts, deren Kapital aus öffentlichen Mitteln stammt. Ferner bestreiten sie im Hinblick auf die Ueberlastung des Arbeitsmarktes der Angestellten die Notwendigkeit der Bestimmungen über Unterbringung der Versorgungsanwärter.

SPD. Der tragische Untergang des Hamburger Dampfers "Luise Leonhard" auf dem Vogelsand vor der Elbmündung, bei dem die gesamte 30 köpfige Besatzung ihr Leben einbüsste, ist vor dem Hamburger Seeamt zur Verhandlung gekommen. Nach den Aussagen des Lotsen ist Kapitän Hoffmann, der Führer der "Luise Leonhard", in See gegangen, obwohl er ausdrücklich auf das Unwetter aufmerksam gemacht worden war. Der Lotse hat die "Luise Leonhard" beim Feuerschiff Elbe III verlassen. Zwei Stunden später, gegen 8 Uhr abends, lief beim Schiffsamt Cuxhaven die erste Seenotmeldung ein.

SPD. Den Angestellten und Arbeitern im preussischen Justizministerium ist noch in guter Erinnerung, wie vor etwa einem Jahr von den Kommunisten unter Schimpfereien auf die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie eine Bewegung zur Erhöhung der Gehälter und Löhne in den preussischen Verwaltungsbehörden eingeleitet wurde. Heute sind die kommunistischen Herrschaften ganz klein und bescheiden. Sie drohen nur noch mit Kampf für den Fall, dass ein Gehalts- und Lohnabbau stattfinden soll. Sie sind sich darüber im klaren, dass sie ihre Anhänger sehr bitter enttäuscht haben. Sie haben daher den letzten Ausgaben ihres Organs "Die Einheit" Empfehlungsschreiben einer Firma Goldsiegel beigelegt, worin Pfefferkuchen und prima Tafelschokolade angeboten werden.

Deutscher Reichstag

10. Sitzung vom 6. Dezember, 10 Uhr.

Präsident Lobe teilt bei Eröffnung der Sitzung das amtliche Schreiben über den Rücktritt des bisherigen Reichsjustizministers Dr. Bredt mit. - Dann wird die Aussprache über den Etat 1931, die Notverordnung und die dazu vorliegenden Anträge fortgesetzt.

Abg. Domsch (Landvolkpt.) bezeichnet die Notverordnung als einen völligen Versager. Nicht annehmbar seien auch die darin enthaltenen Mietrechtsbestimmungen. Die Regierung müsse sich endlich frei machen von dem Einfluss der Sozialdemokraten.

Abg. Eisenberger (Dt. Bauernpartei) erkennt an, dass die Regierung den festen und ernstesten Willen habe, die Finanzen zu sanieren. Darum sollte man trotz aller Bedenken im einzelnen die Regierung unterstützen und nicht denen folgen, die durch eine Katastrophenpolitik das Reich in Gefahr bringen.

Abg. Dr. Kleiner (Dtn.) schildert die polnischen Terrorakte in Oberschlesien. Währenddessen rufen die Deutschnationalen und Nationalsozialisten fortwährend: "Wo ist Curtius?" - "Das interessiert ihn nicht!" Die Kommunisten rufen: "Jhr macht es so mit den deutschen Erwerbslosen!" Während dieser Lärm-szenen betritt unter dem Hallo der Rechten Reichsaussenminister Dr. Curtius den Saal.

Als Dr. Kleiner einen weiteren Terrorfall in Einzelheiten schildert, ruft ein Sozialdemokrat: "Das sind ja Latrinenparolen!" Mit drohend erhobenen Fäusten stürmen darauf verschiedene Nationalsozialisten, Deutschnationale und Landvolk-Abgeordnete gegen die Mitte mit dem Ruf: "Verbrecher!" - Vizepräsident Stöhr versucht die Abgeordneten, die Plätze einzunehmen und fordert den Rufer des Wortes "Verbrecher" auf, sich zu melden. Ein Landvolk-Abgeordneter erhebt die Hand, wird aber in dem allgemeinen Tumult nicht bemerkt. Als sich der Lärm etwas gelegt hat, fährt Dr. Kleiner (Dtn.) fort: Das Preussische Innenministerium hat erst Herrn Abegg, dann Herrn Rathenau nach Oberschlesien geschickt. Ist es bei uns so weit gekommen, dass die Fragen des Deutschtums ausgerechnet von Juden behandelt werden müssen? (Lebhafter Beifall rechts) Brüning, Curtius und ihre Regierung müssen vom Throne gestürzt werden. Wir wollen ein Deutsches Reich, das im Sinne Hugenburgs und Hitlers für deutsche Freiheit kämpft. (Lebhafter Beifall bei den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten.)

Abg. Schumann-Thüringen (Komm.) schildert das Wohnungselend und bekämpft die Wohnungsbaubestimmungen der Notverordnung.

Abg. Schneider-Breslau (Nat. Soz.) führt aus, die Not des deutschen Bauern könne nicht durch die Organisationen und die alten Parteien behoben werden. Die Schuld trage die falsche deutsche Wirtschaftspolitik.

Abg. Trossmann (Bayer. Volksp.) begrüsst die in der neuen Notverordnung vorgenommenen Milderungen der Bestimmungen über die Krankenscheinegebühren. Zu bedauern sei aber die Einschränkung der Befugnisse der Landesversicherungsämter. Die breiten Massen der werktätigen Bevölkerung seien am stärksten belastet worden und müssten in erster Linie die Kosten der Sanierung tragen.

Abg. Graf Westarp (Kons.) betont, dass die wirtschaftlichen und finanziellen Reformen Wert und Bedeutung erhalten, wenn ihnen eine durchgreifende Verwaltungs- und Verfassungsreform und ein wirksamer Schutz deutscher und christlicher Kultur zur Seite tritt. In letzter Stunde richte er die ernste Mahnung an das Kabinett, aussenpolitisch auf der heute gewonnenen Grundlage mit grösster Entschlossenheit vorwärts zu schreiten. Es wäre der schwere Fehler, mit aussenpolitischen Revisionsmassnahmen zu warten, bis die Reformen ihre sanierende Wirkung ausgeübt haben. Darüber müsse volle Klarheit geschaffen werden.

Reichsfinanzminister Dietrich

weist zunächst einige Angriffe gegen die Tabaksteuererhöhung zurück. Zur Frage der Schuldenhöhe bis Ende 1931 erklärt der Minister, der Verkauf der 150 Millionen Reichsbahn-Vorzugsaktien habe gar keinen Einfluss auf die Höhe der schweben-

den Schuld. Zur Reparationsfrage führt Minister Dietrich dann aus: Unser Sanierungsplan hat auch eine aussenpolitische Bedeutung, denn nur geordnete Finanzen können uns in der Aussenpolitik die Freiheit des Handelns geben. Das ist schon vom Reichskanzler und vom Reichsaussenminister gesagt worden. Wir dürfen annehmen, dass die dahingehenden Ausführungen der Regierung im Ausland beachtet worden sind.

Abg. Berndt (Dtn.) bezeichnet den preussischen Staat unter seiner jetzigen Regierung als ein Schulbeispiel marxistischer Gewaltherrschaft. Die Deutsche nationale Volkspartei beantrage deshalb die Einstellung der Polizeikostenzuschüsse an Preussen vom 31. Dezember. Das sei notwendig, während die Aktion des Reichsinnenministers gegen Thüringen aufs schärfste verurteilt werden müsse. (Beifall rechts) Der Reichsinnenminister müsse darüber Auskunft geben, ob er tatsächlich sich gestützt habe auf unsaubere Spitzelberichte der Republikanischen Beschwerdestelle und ob er dafür sogar 7000 Mark bezahlt habe. Dr. Wirth müsse sich dazu äussern. (Reichsinnenminister Dr. Wirth: "Ich habe dem Präsidenten mitgeteilt, dass ich jederzeit in der Lage bin, die Interpellation zu beantworten!") Als der Redner von der Reichsregierung sagt, sie sei nur die Karkatur einer Führung, greift Vizepräsident Stöhr ein mit der Mahnung: "Herr Abgeordneter, dieser Ausdruck ist nicht angemessen!" (Bravo! bei den Soz. - Heiterkeit.)

Reichsinnenminister Dr. Wirth, der von der Rechten mit Aha-Rufen empfangen wird, erklärt, er habe seine Bereitwilligkeit erklärt, die Interpellation zu beantworten. Mein Herz seht sich ja danach, so ruft er, mit Jhnen (zu den Nat. Soz.) eine eingehende Aussprache zu haben (Heiterkeit), heute fehlt aber dazu die Zeit.

Vizepräsident Stöhr bittet den Minister, vom Rednerpult aus zu sprechen. Der Minister lehnt das ab.

Vizepräsident Stöhr: Der Minister hat an sich das Recht, von seinem Platz aus zu sprechen. Aber die gesamte Linke und die Stenographen würden ihn besser verstehen, wenn er von der Mitte aus spricht.

Reichsinnenminister Dr. Wirth: Das werde ich tun, wenn ich eine Rede zu halten habe. Heute habe ich nur eine geschäftsmässige Bemerkung zu machen. Die Nationalsozialisten haben mir bisher das Material über die Verfolgung ihrer Bewegung nicht übermittelt (Zurufe des Abg. Goebbels (Nat. Soz.). Herr Dr. Goebbels, jetzt habe ich das Wort, Sie haben es die ganze Nacht gehabt. Inbezug auf den Film "Im Westen nichts Neues" muss ich auf die Rechtslage verweisen, nach der ein Eingreifen des Reichsinnenministeriums zunächst ausgeschlossen ist. Dem Abg. Berndt erwidere ich, dass wir von der sogenannten Republikanischen Beschwerdestelle keinerlei Material im Konflikt Thüringen erhalten haben. Wir haben auch kein Geld für Spitzelmaterial ausgegeben. Das Geld, das für Nachrichtenmaterial verteilt wird, geht über die Länder. Ich habe festgestellt, dass solche Gelder allerdings über ein Land geflossen sind, das Sie (nach rechts interessieren wird, über Thüringen. (Hört! Hört! links und in der Mitte.)

Abg. Dr. Frank II-München (Nat. Soz.): Minister Dr. Wirth vermisste das Material über die Verfolgung unserer Bewegung. Ich lade den Minister ein, sich dieses Material in den Krankenhäusern anzusehen. Liebe deutsche Volksgenossen! (Lachen bei den Kommunisten) Das gilt nicht für Sie, Sie sind ja Asiaten! (Stürmischer Beifall rechts).

Präsident Löbe bezeichnet die Anrede "Asiaten" im Reichstag als unzulässig.

Abg. Putz (Komm.) hält den Nationalsozialisten vor, dass ihre landwirtschaftlichen Führer noch am 15. Februar 1930 aufgefordert hätten, polnische Wanderarbeiter einzustellen und die deutschen zu entlassen. (Rufe rechts: Lüge!)

Abg. Dr. Jörissen (Wpt.) erklärt, die Bestimmungen der Notverordnung über den Wohnungsbau hätten den Anreiz für die private Bauwirtschaft vollständig zerschlagen, Neubauten herzustellen. Die auf dem Gebiete der Realsteuern und den anderen Fragen gegebenen Versprechungen würden dadurch illusorisch gemacht. Namentlich die weite Hinausschiebung des Termins des Abbaues der Wohnungszwänge

wirtschaft sei unannehmbar.

Abg. Abel (Volksnat.) erklärt, der Reichstag habe kein Recht, sich über die Anwendung des Artikels 48 zu beklagen, denn dieses Parlament habe sich selbst ausgeschaltet durch den Mangel an klarer politischer Zielsetzung und durch die kleinliche Interessenpolitik der Parteien. Die Volksnationalen würden der Notverordnung zustimmen.

Abg. Torgler (Komm.) meint, die Frage der nationalen Minderheiten werde nicht durch kapitalistische Staaten gelöst, sondern durch die polnischen und die deutschen kommunistischen Arbeiter. Die Nationalsozialisten hätten im Widerspruch zu ihrer Agitation draussen, im Reichstag deutlich erklärt, dass sie sich als die letzte Reserve der Bourgeoisie und des Kapitalismus fühlen. (Die Nationalsozialisten verlassen den Saal und rufen: "Euern Quatsch glaubt doch keiner mehr!").

Abg. Schneider-Berlin (Staatspartei) weist darauf hin, dass die Notverordnungen sehr tief in das Schicksal der Angestellten eingreifen, die unter grosser Arbeitslosigkeit litten. Bisher konnten sie durch kurzfristige Beschäftigung wenigstens den Anspruch auf Krisenunterstützung erlangen; dieser Ausweg ist ihnen durch die Notverordnung nunmehr gesperrt. Die besondere Notlage der arbeitslosen Angestellten ist unbestritten und auch vom Reichsarbeitsministerium stets anerkannt worden. Sie bedarf auch weiterhin besonderer Hilfsmassnahmen.

Abg. Freybe (Wirtschaftsp.) bekämpft die Steuerpolitik der Regierung, die die Tendenz verfolge, die freie Wirtschaft immer mehr zurückzudrängen. Diese sozialistische Tendenz zeige sich auch in allen übrigen Zweigen der Politik. Die Wirtschaftspartei wende sich nicht gegen die Sozialpolitik, denn sie habe ein Interesse an einer kaufkräftigen Arbeitnehmerschaft, sie kämpfe aber gegen die sozialistischen Bestrebungen auf Ausschaltung des Kleingewerbes und der individuellen Privatwirtschaft.

Abg. Haag (Landvolk) führt Klage über die Schädigung des deutschen Weinbaues durch die Gemeindegetränkesteuer. Die deutsche Zoll- und Handelsvertragspolitik müsse eine grundsätzliche Aenderung erfahren. Der deutsche Obst- und Gemüsebau leide ausserordentlich schwer unter der übermässigen und überflüssigen Einfuhr aus dem Auslande.

Abg. Jaenicke (Staatspartei) bedauert, dass die Regierung an einem Eingriff in die Rechte der Beamtenschaft nicht vorübergehen konnte. Jetzt sei ein schneller Preisanbau notwendig, um das Opfer erträglich zu machen. Der schwerwiegende Eingriff habe sich in wenigen Wochen vollzogen, aber es sei in zwölf Jahren nicht möglich gewesen, das Verlangen der Beamtenschaft nach einem neuen Beamtenrecht zu erfüllen.

Abg. Frau D. Müller-Otfried (Dtn.) fordert die schleunige Vorlegung eines Rentnerversorgungsgesetzes, durch das den jetzt der Fürsorge unterstehenden verarmten Kapitalrentnern ein Rechtsanspruch auf Versorgung gegeben wird.

Abg. Hillebrand-Schlesien (Staatspartei) begrüsst es, dass die Notverordnung wenigstens den Anfang mache mit der Erfüllung der alten bäuerlichen Forderung auf steuerliche Vereinfachung in der Landwirtschaft. Es wäre aber wünschenswert, wenn der landwirtschaftlichen Einheitssteuer auch die Umsatzsteuer abgegolten wäre. Die Offenlegung der Steuerlisten sei notwendig.

Abg. Frau Dr. Matz (DVP) bedauert, dass die alte Forderung eines Rentnerversorgungsgesetzes noch nicht erfüllt sei.

Abg. Schiller-Ostpreussen (Dtn.) führt aus, die Bauern in Ostpreussen seien ruiniert und verfolgt worden. Erst habe man ihnen den Vollstreckungsschutz versprochen und dann sei die Severing-Polizei gegen sie vorgegangen, als sie sich dem Zwangsverkauf ihres Eigentums widersetzen. Das System des heutigen Staates werde von den ostpreussischen Bauern verachtet und verdammt. Dieses System ver helfe nur einigen jungen Doktoren dazu, ihre brotlosen Künste an der Landwirtschaft zu erproben.

Reichsernährungsminister Schiele

erklärt sich einverstanden mit der von den Deutschnationalen und Sozialdemokraten beantragten Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der prüfen soll, ob bei der Roggenstützung missbräuchliche Anspannung der Stützungsaktion durch Spekulanten vorgekommen ist und wie die Stützungsaktion gewirkt hat. Der Minister erklärt, er würde eine recht gründliche Arbeit dieses Untersuchungsausschusses begrüßen.

Damit ist die Aussprache beendet.

Abg. Leicht (Bayer. Volksp.) verliest vor der Abstimmung eine Erklärung, in der die Bayerische Volkspartei Einspruch erhebt gegen die Bestimmungen der Notverordnung, die nach Ansicht der Partei einen Eingriff in die steuerlichen Befugnisse der Länder bedeuten. Die Bayerische Volkspartei, so erklärt der Redner, behält sich gegen diese Bestimmungen alle Schritte vor, auch die Anrufung des Staatsgerichtshofes. Wenn sie trotzdem (grosse Heiterkeit bei der Opposition) gegen die Aufhebung der Notverordnung stimmt, so deshalb, weil sie keine Katastrophenpolitik treiben will.

Abg. Stöcker (Komm.) erklärt, die kommunistische Fraktion werde die faschistische Diktaturverordnung ablehnen.

Zunächst wird der Etat für 1931 dem Haushaltsausschuss überwiesen. Dann folgt die namentliche Abstimmung über die Anträge der Nationalsozialisten, Kommunisten, Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei auf Aufhebung der neuen Notverordnung der Regierung.

Der Aufhebungsantrag der vier Parteien wird mit 293 gegen 253 Stimmen abgelehnt. Für die Aufhebung der Notverordnung stimmten mit den Antragstellern auch die Landvolkpartei. Das Abstimmungsergebnis wird von den Nationalsozialisten mit Pfui-Rufen aufgenommen.

Vor der Abstimmung über die Misstrauensanträge meldet sich Abg. Esser (Zt.) zur Geschäftsordnung zum Wort. Von den Nationalsozialisten wird er mit Rufen "Aha" und "Schiebung" empfangen. Abg. Dr. Goebbels (Nat. Soz.) erhält wegen eines weiteren Zurufs einen Ordnungsruf.

Abg. Esser (Zt.) beantragt, das Haus darüber durch Abstimmung entscheiden zu lassen, ob der nationalsozialistische Vertrauensantrag zulässig sei. Diese Frage der Zulässigkeit solcher nicht ernstgemeinten Anträge sei umstritten und noch nicht geklärt. Schon von dem früheren deutschvölkischen Abg. v. Graefe sei ein nicht ernstgemeintes Vertrauensvotum für das erste Kabinett Marx eingebracht worden. Der damalige Präsident Wallraf habe entschieden, dass ein Misstrauensantrag bei der Abstimmung den Vorrang haben müsse. Der Fall habe sich öfter wiederholt und in einem der letzten Fälle habe der Ältestenrat es für notwendig erklärt, durch eine Aenderung der Geschäftsordnung die Zulassung solcher Anträge zu verhindern, für die die Antragsteller selbst nicht stimmen. Der Geschäftsausschuss habe sich nochmals mit der Frage beschäftigt, aber keine endgültige Entscheidung gefällt. Am 18. Oktober v. J. habe Dr. Frick selbst namentliche Abstimmung über die Zulässigkeit eines solchen Antrages beantragt. Dieser Praxis folgend, so schliesst der Redner, beantragen wir, dass der Reichstag durch namentliche Abstimmung darüber entscheidet, ob der Vertrauensantrag der Nationalsozialisten zulässig ist, den wir für unwahrhaftig halten, da ja die Nationalsozialisten der Regierung nicht ihr Vertrauen bekunden, sondern sie bekämpfen wollen.

Abg. Graf-Thüringen (Dtn.): Der Schachzug der Nationalsozialisten ist nur der Gegenzug dagegen, dass die Herren, die heute die Regierung bilden, nicht den Mut haben, selbst ein Vertrauensvotum für die Regierung zu beantragen. Die Geschäftsordnung soll ein Schutz für die Minderheit sein. Sie darf nicht durch Auslegungskünste so geändert werden, dass auch Geschäftsordnungsfragen zur Machtfrage werden.

Abg. Dr. Frick (Nat. Soz.) protestiert dagegen, dass der nationalsozialistische Antrag als unwahrhaftig bezeichnet wird. Nach der Reichsverfassung bedürfe die Reichsregierung des Vertrauens des Reichstags. Der nationalsozialistische

Antrag wolle nur die Entscheidung darüber herbeiführen, ob die Regierung dieses Vertrauen besitzt. Die Mehrheit könne zwar den Antrag für unzulässig erklären, aber damit verletze sie die Reichsverfassung.

Abg. Stöcker (Komm.) wirft den Nationalsozialisten vor, dass auch sie hinter der Regierung Brüning ständen. Brüning habe offen erklärt, dass er sich um die Reichstagsentscheidung einen Dreck kümmere. Das werktätige Volk bringe dieser Regierung das stärkste Misstrauen entgegen.

Nach weiteren Geschäftsordnungsbemerkungen der Abgg. Dr. Bell (Zt.) und Stöhr (Nat. Soz.) wird namentlich über den Antrag Esser abgestimmt, wonach Anträge als unzulässig gelten, für die die Antragsteller selbst nicht zu stimmen die Absicht haben.

Bei der Abstimmung umdrängen verschiedene Nationalsozialisten mit drohenden Zurufen die Abgeordneten der ihnen benachbarten Parteien. Präsident Löbe erklärt: Wenn hier die Wahlfreiheit durch Beschimpfungen oder Zurufe beeinträchtigt wird, muss ich den betreffenden Abgeordneten für längere Zeit von den Sitzungen ausschliessen. (Beifall.)

Die Mitglieder der Wirtschaftspartei geben blaue Karten (Stimmenthaltung) ab.

Der Antrag Esser wird mit 298 gegen 233 Stimmen bei 22 Stimmenthaltungen angenommen. Dadurch ist das nationalsozialistische Vertrauensvotum für die Regierung als unzulässig erklärt und kann nicht zur Abstimmung gebracht werden. (Pfeif-Rufe bei den Nat. Soz.).

Vor der Abstimmung über die Misstrauensanträge erklärt Abg. Stöhr (Nat. Soz.) wenn die Sozialdemokratie diese Anträge in wahrhaftiger Weise ablehnt, dann spricht sie dieser Ausbeuterregierung das Vertrauen aus, dieser Regierung, gegen die der sozialdemokratische Wahlauftritt gesagt hat....

Präsident Löbe läutet und macht unter stürmischer Heiterkeit darauf aufmerksam, dass die Verlesung oder Zitierung dieses Wahlauftritts nicht zur Geschäftsordnung gehört, was natürlich dem Herrn Vizepräsidenten bekannt sei. (Goebbels ruft zum Präsidenten hinauf: "Kleiner Schäker", was nicht beachtet wird.) Abg. Stöhr (Nat. Soz.) fährt fort: Meinen die Sozialdemokraten aber ihre Abstimmung anders, dann ist sie unwahrhaftig, also nach der eben getroffenen Entscheidung unzulässig, daher ungültig, und dann werden die Misstrauensanträge angenommen. (Grosse Heiterkeit links und in der Mitte, Begeisterter Beifall rechts).

Die Misstrauensanträge werden in gemeinsamer namentlicher Abstimmung mit 291 gegen 256 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Der kommunistische Antrag, die Notverordnungen vom Juli aufzuheben, wird mit 307 gegen 235 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Die Deutsche Bauernpartei hat stets mit der Mehrheit gestimmt.

Dienstag 15 Uhr: Pensionskürzungsgesetz, Abstimmungen über die Änderungsanträge zu den Notverordnungen. Schluss: 19½ Uhr.